

Diskussion um die dritte Startbahn

## Kommunen wollen verhandeln, aber nicht zustimmen

Gespräche mit den Flughafenbetreibern sollen doch weitergeführt werden

Von Petra Schnirch

Die Kommunen im Nachbarschaftsbeirat wollen die Gespräche mit der Flughafengesellschaft nicht abbrechen. Voraussetzung sei allerdings, dass weitere Verhandlungen nicht als Zustimmung zu einer dritten Startbahn oder als deren Akzeptanz gesehen würden, schilderte Landrat Manfred Pointner. Die Kommunen wenden sich nun in einem Schreiben an die FMG und fordern eine entsprechende Erklärung.

Dass ihnen die Flughafenbetreiber dies zusichern werden, darauf deutet bereits eine Pressemitteilung hin. FMG-Chef Michael Kerkloh wirbt darin für eine weitere Zusammenarbeit im Nachbarschaftsbeirat, da die Vertreter der Kommunen Anregungen oder Bedenken schnell artikulieren und in die weiteren Verfahren einbringen könnten. „Dabei bedeutet die Mitwirkung im Beirat keineswegs ein Einverständnis mit dem Ausbauprojekt“, versicherte Kerkloh.

Vor weiteren Gesprächen wollen die Kommunen in jedem Fall einen Anwalt hinzuziehen. „Wir müssen vorsichtig sein“, sagte Pointner. Die Startbahn-Gegner wollen sich rechtlich absichern, um in einem Prozess keine Rechte einzubüßen. Sonst könnte es vor Gericht schnell heißen: „Ihr habt ja einen Ausgleich erhalten“, warnte der Freisinger Landrat.

Klar ist für ihn, dass die Arbeit des Nachbarschaftsbeirats neu definiert werden muss. Die Beglei-

tung der Planung bis zur Raumordnung sei abgeschlossen, künftig säßen sich im Beirat nicht nur Partner gegenüber, sondern auch Prozessgegner. Notwendig sei zudem eine Änderung der Geschäftsordnung. Dort müsse herausgestellt werden, dass weitere Verhandlungen keine Zustimmung zu einer dritten Startbahn bedeuteten.

Dass FMG und Gesellschafter ohne gerichtliche Entscheidung von ihren Plänen abrücken, daran glaubt Pointner nicht mehr. „Ich sehe keine Beweglichkeit“, kritisierte er. Von Anfang an habe man an der Größenordnung von 120 Flugbewegungen in der Stunde festgehalten und alles sei auf die jetzt favorisierte Startbahn-Vari-



Will keine Zugeständnisse machen: Landrat Pointner. efm

ante 5 b hinausgelaufen. „Wir haben nichts ändern können.“ Dabei widersprach der Landrat der Einschätzung Kerklohs, dass die Planungen nicht abgeschlossen seien. Dieser hatte darauf hingewiesen, dass die Genehmigungsverfahren erst am Anfang stünden und noch „zahlreiche planerische Festlegungen zu treffen“ seien.

Man müsse aber im Gespräch bleiben, weil beispielsweise zahlreiche Verkehrsprobleme ungeklärt seien, so Pointner. Er bedauerte, dass die Gesellschafter die Auszahlung eines Umlandfonds vom Bau der Startbahn abhängig machen. Die Einrichtung eines derartigen Fonds habe er bereits vor Jahren angeregt, um den Kommunen die Finanzierung der Infrastruktur zu erleichtern. Bisher stießen derartige Vorschläge bei FMG und Gesellschaftern stets auf wenig Resonanz. Inzwischen signalisierten sie in einer gemeinsamen Presseerklärung die Bereitschaft, über die Ausgestaltung eines freiwilligen FMG-Fonds zu diskutieren. Dieser sei „zur Abmilderung von Härten aus dem Bau der dritten Bahn“ gedacht.

Zugeständnisse könnten die Flughafenbetreiber dafür nicht erwarten, machte Pointner deutlich. Die Kommunen dürften weder als Sündenböcke noch als Feigenblatt dienen. Schwierig sei die Situation der Startbahn-Gegner in jedem Fall: Zwar wollten sie eine dritte Bahn verhindern. Sollte sie aber dennoch kommen, gelte es das Beste für die Menschen herauszuholen.